

VI Föderalismus als Zielsetzung

VI.1 Sonderstatut in der Entstehungsphase

Die Phase der Genese, die bis zur Formulierung des „definitiven Programms“ der Lega Lombarda von 1983 dauerte, wird als Ethnoregionalismus bezeichnet. Die venetische Lega setzte allerdings bis zum Ende der 80er Jahre diese Orientierung fort. Jede Lega behauptete die eigene ethnische bzw. nationale Identität ihrer jeweiligen Region und forderte den Rückzug der römischen Verwaltung und der Südtaliener mit dem Ziel der Erreichung eines autonomen Sonderstatus wie in der deutschsprachigen Region Südtirol.

Die *Liga Veneta* machte mit Flugblättern und öffentlichkeitswirksamen, militanten Sprüchen gegen die römische Politik, gegen die Regionalregierung in Venedig und gegen die Emigranten aus dem Süden Italiens auf sich aufmerksam: „Rom, Krebsgeschwür Italiens! (*Roma kankaro d'Italia!*)“, „Römer raus aus dem Venetien! (*Fora i romani dal Veneto!*)“, „Veneti- en den Venetern! (*Il Veneto ai Veneti!*)“, „Mach schon, Lagune! (*Forza Laguna!*)“, „Vorwärts Ètna, tue deine Pflicht! (*Forza Etna, fai il tuo dovere!*)“.¹ Die *Liga Veneta* kämpfte gegen die Strafpraxis der „Verbannung“ von „Mafiosi“ und „camorristi“ nach Norditalien, mit der sie einen „Export des organisierten Verbrechens“ verband; gegen die Meridionalisierung der öffentlichen Verwaltung, für einen Schutz des Arbeitsmarktes unter den ethnisch legiti- mierten Zugangsbestimmungen und für eine protektionistische Handelspolitik Venetiens. Übergeordnete Zielsetzung war die Realisierung der „nationalen Autonomie Venetiens (*au- tonomia nazionale del Veneto*)“ und damit die Wiederherstellung der „Dignität des veneti- schen Volkes (*dignità del popolo veneto*)“.²

Auch die lombardische Lega machte mit Parolen im Wahlkampf deutlich: „Gegen das kli- entelistische Rom, für die Autonomie des (lombardischen) Volkes (*contro roma padrona, autonomie di popoli*)“, „die Nation Lombardei! (*la nazione lombarda!*)“, „Wähle Autonomi- sten! Um zu bestätigen, daß Eure Kinder in der Lombardei leben müssen, wo sie Arbeit, so- ziale Gerechtigkeit und Freiheit finden müssen.“³ In der *Lombardia Autonomista* hat Bossi 1983 geschrieben, „Rom verfügt über unser Territorium, als ob es seines wäre, ohne daß die Lombarden unsere Sprache auf dem lombardischen Boden sprechen können“.⁴ Die Hauptforderung der Lega Lombarda lag, wie bei der Liga Veneta, die Parole „Lombardei den Lombarden (*Lombardia ai Lombardi*)“.

Die politische Initiative der lombardischen Lega wurde in ihrem ersten Programm von 1982 deutlich beschrieben. Mit der Behauptung der lombardischen Kultur, Geschichte und Spra- che forderte dabei die Lega Lombarda die Selbstregierung einschließlich des Wehrdienstes in der eigenen Region. Im Unterschied zu der Liga Veneta hat die lombardische Lega bereits in ihrem ersten Programm von einem föderalistischen Staatsaufbau und europäischen Ord- nungsaufbau gesprochen. Diese Forderung ist jedoch nur noch als eine Konföderation auto- nomer Regionen, die die wesentlichen Souveränitätsrechte für die Region Lombardei und den Schutz der einheimischen Bevölkerung garantiert, zu verstehen. In dem politischen Pro-

¹ Vgl. *La Lega Nord attraverso i manifesti*, Milano: Editoriale Nord 1996.

² Vgl. Diamanti, Ilvo, *La Lega. Geografia, Storia e Sociologia di un nuovo soggetto politico*, 2. er- weit. Aufl., Roma: Donzelli 1995, S. 52-54.

³ Vgl. *La Lega Nord attraverso i manifesti*, a.a.O.

⁴ Ebenda., S. 6.

gramm vom selben Jahr forderte die Lega Lombarda in der Tat die „Transformation des Staats Italien in eine Konföderation der autonomen Regionen“, in der „öffentliche Wettbewerbe nur auf der ethnisch-regionalen Grundlage“ erlaubt werden.⁵ Ihr konkretes Modell fand sich andererseits nicht in irgendeinem föderalistischen, sondern im Sonderstatut wie in Südtirol, denn ihr Interesse lag nicht in einer gesamtstaatlichen Reform, vielmehr nur in der Erhaltung ihrer eigenen regionalen Autonomie, und von der Lega Lombarda der Sonderfall Südtirol mit seiner sprachlichen Gleichberechtigung und breiten verwaltungstechnischen und legislativen Autonomie als das optimale Modell unter den italienischen Bedingungen gesehen wurde.

Das erste Parteiprogramm der Lega Lombarda von 1982

„§ 1) Für die Selbstregierung der Lombardei, die den zentralisierten Staat durch einen föderalen Staat, der alle zusammengeschlossenen Völker respektieren kann, überwindet.

§ 2) Für Neubehauptung unserer Kultur, Geschichte, lombardischen Sprache, sozialen und moralischen Werte. Gegen jeden Anschlag auf die lombardische nationale Identität. Daß neben die Tricolore (Italienische Nationalfahne – B. J.) immer die historische Fahne der lombardischen Nation (rotes Kreuz auf weißem Grund) gestellt wird.

§ 3) Vorziehen der Lombarden bei der Verteilung von Arbeiten, Wohnungen, Assistenz und finanziellen Abgaben. Daß die Besteuerung in allen Regionen gleich ist und keine Betrügereien wie die des „Erlasses“ und der „Tickets“ für Medizin, die im Süden halb so viel als in der Lombardei kosten, passieren.

§ 4) Daß die Ergebnisse der Arbeit und die Steuer der Lombarden durch die Lombarden auf Grundlage der Organisation eines finanziellen Systems, die der Aktuellen in Trient und Südtirol ähnlich ist, kontrolliert und verwaltet werden.

§ 5) Für die Verteidigung einer verhältnismäßigen Entwicklung der Industrie, des Handwerkes und der Landwirtschaft: der Arbeitsbestand und der unveräußerliche Kulturbestand des lombardischen Volkes.

§ 6) Für ein lombardisches Pensionssystem, das die Unantastbarkeit der durch den Meridionalen verteilte zahlreiche Invalidenpensionen bedrohten Pension unserer Arbeitenden garantiert.

§ 7) Daß öffentliche Administration und Schulen wieder von den Lombarden verwaltet werden.

§ 8) Daß unsere Jugendlichen den Wehrdienst in der Lombardei leisten können, wie es heute schon im Südtirol verwirklicht wird.

§ 9) Daß die Justiz in der Lombardei mit Effizienz und mit angemessenen Apparaten Kriminalität, Mafia und Verbrecherringe bekämpft.

§ 10) Gegen die Verwüstung und den Ausverkauf unseres Territoriums, das von den früheren Generationen gebildet und verteidigt worden ist, unserer Erbschaft, die wir vollständig auf die nächsten Generationen übertragen wollen.

⁵ Vimercati, Daniele, *I Lombardi alla nuova crociata: la Lega dall'esordio al trionfo, Cronaca di un miracolo politico*, Milano: Mursia 1990, S. 179.

§ 11) *Gegen die opportunistische Mentalität der römischen Parteien, gegen die konsequente Degradierung der Lombardei.*

§ 12) *Für die Konstruktion eines Europas auf der Grundlage der Autonomie, des Föderalismus, des Respektes und der unmittelbareren Solidarität zwischen allen Völkern und daher zwischen den Lombarden und jedem anderen Volk.*⁶

VI.2 Entwicklung des integralen Föderalismus

VI.2.1 Konzeptionsbildung der sozioökonomischen Region und des Föderalismus

Die Verwurzelungsphase beginnt mit der Konzeptionsbildung der sozioökonomischen Region und des Föderalismus der Lega Lombarda. Bossi hat Mitte der achtziger Jahre zugegeben, daß die Zulassung eines Dialektes und daher ein Sonderstatut kein Mittel sein könnten, um die Autonomie zu gewinnen.⁷ Die ethnozentrische Definition der Region wurde durch ein Konzept, das als Ausgangspunkt primär die Verteidigung regionaler wirtschaftlicher Interessen zum Inhalt hat, ersetzt. Die „lombardische“ oder „padanische“ Kultur bedeutet nun eine der „*civic community*“ im Putnamschen Verständnis, die sich von dem süditalienischen Klientelismus unterscheidet.⁸

Dieser Wandel geschah auf einem langsamen Weg bis zur Etablierungsphase Anfang der 90er Jahre. Die Lega spricht daher damals noch vom Föderalismus zusammen mit den ethnischen und institutionellen Begriffen. Der leghistische Föderalismus wurde dann als ein „Ethnoföderalismus“ aufgefaßt.⁹ Diese Änderung wird im „definitiven Programm“ von 1983, das heute noch gilt, zum ersten Mal betrachtet.

Das „Programma definitiva“ der Lega Lombarda von 1983

„§ 1) *Für die Selbstregierung der Lombardei, die den zentralisierten Staat durch einen modernen föderalen Staat, der alle zusammengeschlossenen Völker unabhängig von deren Zahlenbestand respektieren kann, überwindet.*

§ 2) *Bevorzugung von Lombarden bei der Verteilung von Arbeiten, Wohnungen, Assistenz und finanziellen Abgaben.*

§ 3) *Daß die Ergebnisse der Arbeit und die Steuer der Lombarden durch die Lombarden auf der Grundlage der Organisation eines finanziellen Systems, die der in Trient und Südtirol Aktualisierten ähnlich ist, kontrolliert und verwaltet werden.*

§ 4) *Für ein lombardisches Pensionssystem, das die Unantastbarkeit der durch die zum klientelaren Zwecke von den römischen Parteien verteilten zahlreichen Invalidenpensionen und durch die Massenfrühpensionierung bedrohten Pension unserer Arbeitenden garantiert.*

⁶ *La vera storia della Lega Nord: federalismo e Libertà dalle origini ad oggi*, gearbeitet von Morena Fassini, Segreteria Organizzativa Federale della Lega Nord, 1998, S. 30.

⁷ Vgl. Bossi, Umberto, *Il mio progetto: discorsi su federalismo e Padania*, Milano: Sperling & Kupfer 1996, S. 18-20.

⁸ Vgl. Putnam, Robert D., *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Mitarbeit von R. Leonardi und R. Y. Nanetti, Princeton: Princeton Uni. Press 1993, S. 100.

⁹ Vgl. Bossi, U., *Il mio progetto*, a.a.O., S. 21.

§ 5) *Daß öffentliche Administration und Schulen wieder von den Lombarden verwaltet werden.*

§ 6) *Für Neubehauptung unserer Kultur, Geschichte, lombardischen Sprache, sozialen und moralischen Werte.*

§ 7) *Für die Stärkung des Handwerkes und der Landwirtschaft, die leichten Zugang zu günstigen Darlehen haben müssen.*

§ 8) *Für die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung und kulturellen Aktivitäten, die durch die Auswahl des Regimes gelitten haben.*

§ 9) *Damit die Justiz in der Lombardei mit Effizienz und mit angemessenen Apparaten Kriminalität, Mafia und Verbrecherringe bekämpft.*

§ 10) *Gegen jeden Anschlag auf unsere Identität.*

§ 11) *Gegen die opportunistisch-mafiosische Mentalität der Regierung in Rom, gegen die konsequente Degradierung der Lombardei.*

§ 12) *Gegen die Verwüstung und den Ausverkauf unseres Territoriums, das von den früheren Generationen gebildet und verteidigt worden ist, unserer Erbschaft, die wir vollständig auf die nächsten Generationen übertragen sollen.*

§ 13) *Für die Konstruktion eines Europas auf der Grundlage der Autonomie, des Föderalismus, des Respektes und der unmittelbareren Solidarität zwischen allen Völkern vom Kontinent und daher zwischen den Lombarden und jedem anderen Volk.¹⁰*

Im Vergleich zum ersten Programm werden im neuen Programm die ökonomischen Interessen wie auch die fiskalpolitischen betont. Die ethnozentrischen Forderungen und der Antimeridionalismus wurden abgeschwächt, und stattdessen relativ ausführliche Maßnahmen zum Schutz der regionalen Industrie, der Handwerke und der Landwirtschaft aufgenommen. Der Wehrdienstzugriff und die Gleichstellung der historischen Fahne der lombardischen Nation (rotes Kreuz auf weißem Grund) mit der Tricolore (Italienische Nationalfahne) vom ersten Programm wurden gestrichen. Das lombardische „Volk“ bedeutet in diesem Programm nicht nur die in der Lombardei Geborenen, sondern auch die Immigranten von anderen Regionen, die mindestens seit fünf Jahren in der Lombardei wohnen.¹¹

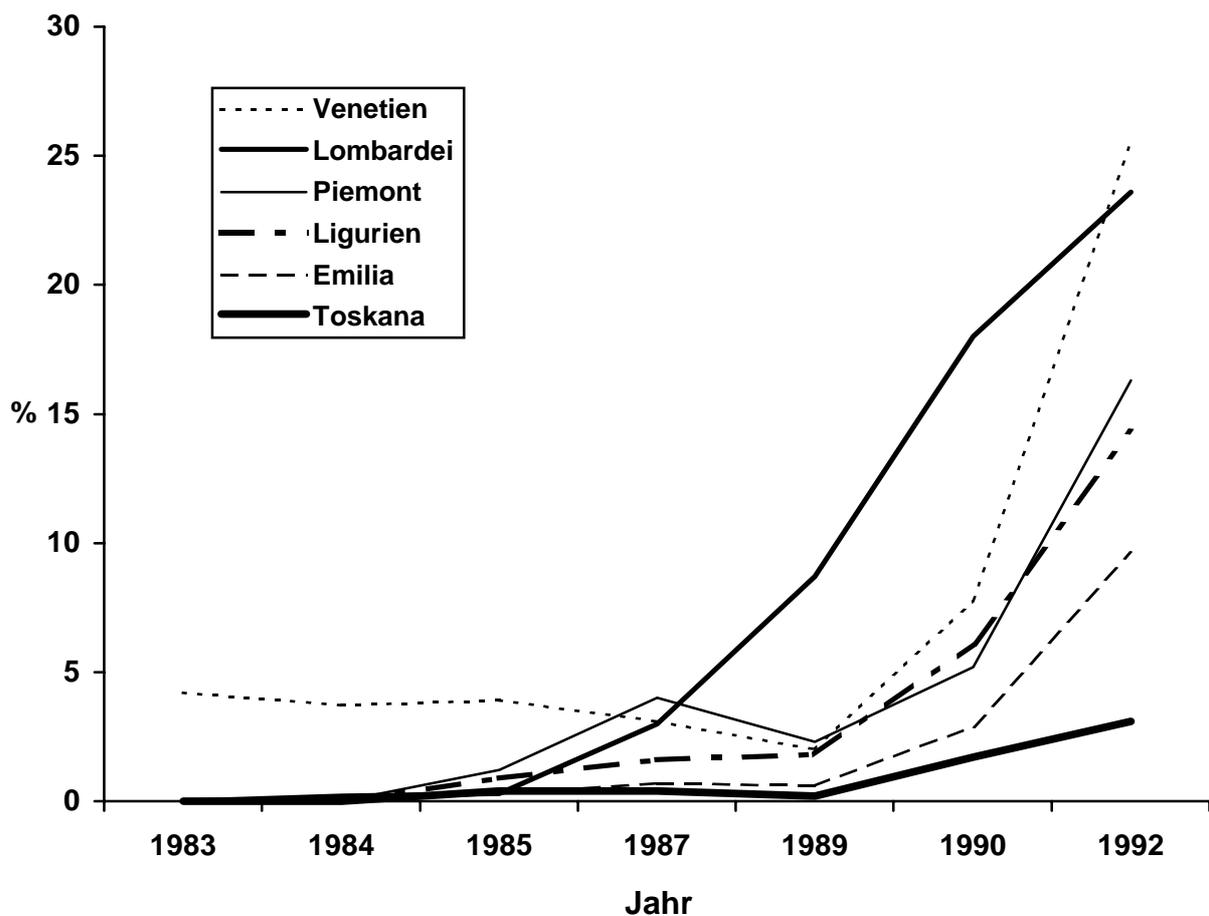
Seitdem formulierte die Lega Lombarda deutlich den Föderalismus als den Gegenbegriff gegenüber dem Zentralismus der römischen Regierung und bekräftigte auf dieser Grundlage seit den Parlamentswahlen von 1987 ihren Frontalangriff gegen den Zentralstaat. In dieser Phase begann die Lega auch mit dem Bestreben nach der Neuorganisation, um alle Leghen im Norditalien zu vereinigen. Dieser Versuch war selbstverständlich mit einer neuen langsamen Konzeptbildung der Region und des Föderalismus möglich.

¹⁰ *La Lega Nord attraverso i manifesti*, a.a.O., S. 5. Das „definitive Programm“ der Lega Lombarda ist verschieden in drei Veröffentlichungen geschrieben: im Anhang von Vimercatis Buch „*I Lombardi alla nuova crociata* (1990)“, in der von der Lega Nord selbst zusammengefaßten Geschichte der Lega „*La storia della Lega Nord* (1998)“ und in der Parteizeitung der Lega Lombarda „*Lombardia Autonomista*“. Hier wird die Originalausgabe von der „*Lombardia Autonomista*“ angeführt.

¹¹ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 30.

Durch diese Bemühungen um eine neue Konzeptbildung konnte die Lega Lombarda bereits seit den Regionalwahlen von 1985 ihren Stimmenanteil deutlich verbessern. Demgegenüber hat die Liga Veneta, die noch stark ethnoregionalistisch im Vergleich zu den anderen Legen orientiert war, bis Ende 80er Jahre mit ihrer Stagnation und Abnahme der bisher erzielten Wählerstimmen gezeigt, daß ihr politisches Angebot nicht der Nachfrage entsprochen hat (Vgl. Abb. VI-1).

Abb. VI-1: Wahlergebnisse 1983 - 1992



Quelle: Diamanti, I., *La Lega. Geografia ...*, S. 22;
Daten von 1992, *Politica in Italia 93*, Tab. B 2.

Es gab jedoch noch keine Verbindung zwischen der sozioökonomischen Regionen- und Föderalismuskonzeption. Der Föderalismus wurde als ein rein institutioneller Föderalismus mit dem Ziel der Überwindung des bürokratischen Zentralismus im Rahmen des Ethnoföderalismus, der für alle jeweiligen Regionen gilt, betrachtet.

Erst im ersten Kongreß der Lega Lombarda vom Dezember 1989 ist ihre Profilbildung deutlich erkennbar, die sich am Projekt eines Zusammenschlusses der „padanisch-alpinischen Regionen (*regioni padano-alpine*)“, definiert als „multiregionale Kommunität der selben Kultur (*comunità multiregionali della stessa cultura*)“, orientiert. Dadurch wurde die Ziel-

setzung der Lega Lombardia von der ethnoregionalistischen Autonomie nach dem Modell des Südtiroler Sonderstatus zur makroregionalen Föderalisierung des Staatsaufbaus hin abgeändert.

VI.2.2 Integraler Föderalismus mit Makro-Regionen

Die Lega Lombardia erweiterte seit 1989 inhaltlich das „*programma definitivo*“ und propagierte das Modell eines „integralen Föderalismus (*federalismo integrale*)“. Die Lega forderte danach die Schaffung von drei Republiken in Nord-, Mittel-, und Süditalien, die nach Artikel 132 der italienischen Verfassung als „Makroregionen“ aus den bestehenden Regionen gebildet und mit allen Souveränitätsrechten, neben den im Programm von 1983 genannten und auf den Zentralstaat bezogenen Regionalrechten, ausgestattet werden sollen. Auf dieser Grundlage kündigte die Lega Nord die Gründung einer Lega Mittelitaliens (*Lega Centro*) und einer Lega Süditaliens (*Lega Sud*) an, um zu verdeutlichen, daß sie nicht nach einer Spaltung des Landes, sondern die Bildung eines Bundesstaates aller Italiener anstrebte. Die Lega hat damit ihren anfänglichen ethnonationalistischen Regionalismus d. h. den Alleingang des Kampfes um Autonomie für das eigene lombardische Gebiet und auch den „Ethnoföderalismus“, der alle *Völker (popoli)* der Regionen Italiens mit ihren Autonomieforderungen umgreifen soll, aufgegeben.¹²

Im Gegensatz dazu war mit der Gründung der vereinten Lega Nord das Ziel eindeutig nicht mehr die ethno-kulturelle regionale Identität. Jetzt ging es um Akzeptanz auf nationaler Ebene zwecks Durchsetzung der Interessen der „Produzenten (*produttori*)“ Norditaliens.¹³ Immer stärker wurden daher neoliberale sozioökonomische Forderungen betont (Steuersenkungen, Privatisierung von staatlichen Betrieben u.ä.). Das Föderalismuskonzept der Lega führt auf die Vorstellung von Carlo Cattaneo zurück. Dieses Konzept entwickelte sich nach dem ersten Treffen zwischen Bossi und Miglio (17.05.1990) bis Mai 1994 weiter.¹⁴

Carlo Cattaneo war nicht nur ein Republikaner und Protagonist des Mailänder Aufstandes von 1848 gegen die Österreicher, sondern auch der wichtigste Vertreter des italienischen Föderalismus. Seiner Ansicht nach ist der Föderalismus die einzige ideale Form eines jeden modernen Staates, womit die Freiheit verwirklicht werden kann.¹⁵ Die Republik sei als Pluralität oder Föderation, und der Föderalismus sei als Pluralismus der „vielen Italien“ konzipiert. In einer föderalen Struktur sollten die Konservierung der bestehenden Staaten und die Koordinierung ihrer Aktivitäten in einem gemeinsamen Kongreß erfolgen, dessen Kompetenzen die einer „allgemeinen Leitung“ jedoch nicht überstiegen. Jedem Teilstaat käme dabei legislative und administrative Autonomie zu.¹⁶ Cattaneo hat seinen Föderalismusbegriff andererseits nicht auf die einzelne Nation begrenzt, sondern dehnte ihn sowohl auf ganz Europa als auch auf die gesamte Welt aus. Italien könne nur in Frieden sein, wenn die „Verei-

¹² Vgl. Allievi, Sefano, *Le parole della Lega*, Milano: Garzanti 1992, S. 46-51.

¹³ De Luna, Giovanni, *Dalla spontaneità all'organizzazione: la resistibile ascesa della Lega di Bossi*, in: derselbe (Hg.), *Figli di un benessere minore. La Lega 1979-1993*, Firenze: La nuova Italia 1994, S. 77.

¹⁴ Vgl. Miglio, Gianfranco, *Io e la sinistra*, in: *MicroMega*, 1992, Nr. 2, S. 24-25.

¹⁵ Seitz, Martina, *Italien zwischen Zentralismus und Föderalismus: Die Zentralisierung und Nord-Süd-Konflikt*, Wiesbaden: DUV 1997, S. 41.

¹⁶ Vgl. Cattaneo, Carlo, *L'idea federale*, in: Daniele Vimercati (Hg.), *Carlo Cattaneo, Stati Uniti d'Italia, il federalismo, le Leghe*, Milano: Edizioni SugaCo 1991, S. 68-74.

nigten Staaten Europas“ verwirklicht worden seien.¹⁷ Die Idee des Föderalismus zielt bei Cattaneo darüber hinaus „auf immer universellere Dimensionen, bis hin zur Menschheit insgesamt: „Föderalismus, Freiheit und Frieden bilden so eine organische Einheit“.¹⁸

Das *bis dato* bestehende politische und institutionelle Modell wurde prinzipiell mittels „neoföderalistischer“ Vorstellungen, die als „integraler Föderalismus“ bezeichnet werden, überwunden. Mit dem Begriff des „Neoföderalismus“ verband die Lega Nord eine spezifische Form von Föderalismus, die ihre Legitimation nicht aus einer effektiveren Regierung und einer verstärkten politischen Partizipation der Bevölkerung bezieht, sondern primär auf der Grundlage kultureller und ökonomischer Unterschiede der Regionen formuliert ist, um die wirtschaftlichen Vorteile des Nordens gegenüber dem Zentrum und dem Süden effektiver zu garantieren.

In Miglios Sinne sind die „eigentlichen Nationen“ die Mikro-Nationen, und die großen Nationen sind auf jeden Fall künstliche Produkte der politischen Aktivitäten.¹⁹ Die Kohäsion der großen Nationen seien von der Wirksamkeit der institutionellen Zusammensetzungen und von der kohäsiven Macht der Machthaber abhängig.²⁰ In bezug auf den Nationalstaat ist die Nation (oder der Nationalstaat), so Miglio weiter, die Schaffung des Staates.²¹ Italien sei so wie Belgien zu spät gebildet, und daher ist die italienische Nation gar nicht geschaffen. Die Verschiedenheiten zwischen den nicht integrierten „Mikro-Nationen“ können nur in einem föderalistischen System harmonisieren und garantiert werden.²² Die unterschiedlichen Ethnien und bestehenden Regionen könnten jedoch nicht selbständige Mitglieder des föderalistischen Staates werden, weil sie zu klein seien, um politisches Subjekt zu sein. Der föderalistische Staatsaufbau sollte daher aus drei Makro-Regionen nicht auf der ethnischen oder geschichtlichen Grundlage, sondern auf der fiskalen und ökonomischen Grundlage bestehen.²³ Miglio nannte in diesem Sinne seinen Vorschlag „Neo-Föderalismus“, der sich grundlegend vom bundesdeutschen und vom US-amerikanischen unterscheidet.

Miglio hat geschrieben, daß „je föderalistischer der Staat wird, desto präsidentialer die Regierungsform und um so weniger parlamentarisch (wird)“.²⁴ Die *checks and balances* sollten aber durch die föderalistische Struktur garantiert werden und der Präsident, nur einmal wählbar für vier Jahre, sollte indirekt im Parlament gewählt werden und sich auf die Rolle des Garanten der Verfassung und auf die Schlichtung der Konflikte zwischen Bund und Regionen beschränken.²⁵ Die Lega bevorzugte demgegenüber in bezug auf die Parlamentswahlen das Mehrheitswahlssystem vor der Wahlrechtsreform, weil sie der Ansicht war, daß die Parteien durch das Mehrheitswahlssystem mehr Konsens des Volkes erhalten können und müssen und daher die etablierten klientelistischen Parteien aufgelöst werden können.²⁶

¹⁷ Cattaneo, Carlo, L'Europa, in: Daniele Vimercati (Hg.), *Carlo Cattaneo ...*, a.a.O., S. 42. In diesem Sinne ist Cattaneo auf dem „puren“ amerikanischen Modell orientiert. Vgl. Ebenda.

¹⁸ Seitz, M., a.a.O., S. 41.

¹⁹ Miglio, Gianfranco, Toward a Federal Italy, in: *Telos*, 1991/92, Nr. 90, S. 41.

²⁰ Ebenda.

²¹ Miglio, Gianfranco, The Cultural Roots of the Federalist Revolution, in: *Telos*, 1993, Nr. 97, S. 33.

²² Ebenda, S. 35.

²³ Ebenda, S. 36.

²⁴ Bossi, U./D. Vimercati, a.a.O., S. 158.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Bossi, Umberto/Daniele Vimercati, *La rivoluzione: la Lega. Storia e idee*, Milano: Sperling & Kupfer 1993, S. 159 und 168. Was das Wahlsystem betrifft, ist die Forderung der Lega wechselnd. In November 1998 hat Bossi darauf hingewiesen, daß „nur das Verhältniswahlssystem die Demo-

Der Neo-Föderalismus von Gianfranco Miglio lautet:²⁷

- Zu den Kompetenzen der Regierung der Union gehören Verteidigung, teilweise polizeiliche Aufgaben (Föderalpolizei), allgemeine Außenpolitik, Justiz und allgemeine Finanzpolitik. Für alle sonstigen Kompetenzen einschließlich der konkreten Außen- und Finanzpolitik sind die Makro-Regionen zuständig.
- Das Oberhaupt der Unionsregierung wird in direkter Wahl oder einer indirekten Wahl durch die Regierungschefs der Makro-Regionen gewählt. Er wird nicht nur vom Kabinett der Union, sondern auch vom Direktorium der Regierungschefs der Makro-Regionen unterstützt und überwacht.
- In jeder Makro-Region wird das eigene Parlament „Dieta“ gebildet.
- Auf der Unionsebene repräsentiert jede Makro-Region in der Kammer der Staaten (*Camera degli stati*) das partikulare Interesse ihrer Kommunität, während in der Abgeordnetenversammlung als Kammer der Völker (*Camera di popoli*) das gemeinsame Interesse aller Völker der Mitgliederstaaten repräsentiert wird.
- Die Diete bilden die provisorische legislative Versammlung der Union (*Assemblea legislativa dell'Unione*), die sowohl die Regierungen der Makro-Regionen als auch die Regierung der Union überwacht und nötigenfalls auch die Gesetze auf der Unionsebene erläßt. Die legislative Versammlung behält das Mißtrauensrecht gegenüber dem Premierminister der Union. Die legislative Versammlung bildet ein System der legislativen Kommissionen (*Commissione legislativi*), die, wenn die legislative Versammlung nicht einberufen wird, ihre Aufgabe übernehmen sollen.
- Als eine Alternative der legislativen Versammlung kann die Gesetzgebungskammer (*Camera dei diritti*), die aus den auf der Unionsebene gewählten Delegierten besteht, für die Gesetzgebung in den sozialen, ethischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politikbezogenen Bereichen verantwortlich sein.

Trotz seiner föderalistischen Terminologie ist der „Neo-Föderalismus“ durch konföderale Züge mit ausgeprägten zentrifugalen Charakteristiken des Gesamtsystems gekennzeichnet,²⁸ denn es wäre „weit besser“, wenn die italienische Union, so Miglio, statt einer Föderation die Form einer Konföderation, die als eine Vereinigung nach internationalem Recht aus den „souveränen Gemeinschaften“ bestehe, annehmen würde.²⁹ In der Föderation kommt zum Einvernehmen der sich zusammenschließenden Staaten die Entstehung einer von den Gliedstaaten unabhängigen, übergeordneten und unaufhebbaren Zentralgewalt hinzu, während es

kratie (garantiert)“, während direkt zwei Monate davor Roberto Maroni, der ehemalige leghistische Innenminister in der Regierung Berlusconi, auf die Möglichkeit der Akzeptierung eines Mehrheitswahlrechts mit Doppelurne hingewiesen hatte. *La Padania*, 19.11.1998 und *La Repubblica*, 9.09.1998.

²⁷ Miglio, Gianfranco, *Come cambiare: le mie riforme per la nuova Italia*, Milano: Mondadori 1994, S. 36-39.

²⁸ Seitz, M., a.a.O., S. 15.

²⁹ Vgl. Miglio, Gianfranco, *Come cambiare*, a.a.O., S. 35-36.

bei einer Konföderation beim bloßen Vertrag der übergeordneten Mitgliederstaaten, daher jederzeit auflösbaren Vertrag bleibt.³⁰

Mit dem Begriff des integralen Föderalismus erklären aber andererseits die Leghisten ihren Föderalismus als „den Ausdruck der einheitlichen Kräfte des Landes, der darauf zielt, die historischen Differenzen vor allem zwischen dem Norden und Mittel-Süden aufzulösen“.³¹ Bossi hat selber öfter betont, daß er und die Lega nicht die Sezession, sondern den Föderalismus, der keineswegs Sezession bedeutet, gefordert hätten.³²

Miglios Vorstellung findet sich wieder im Vorschlag von Bossi 1993 für die provisorische föderale Verfassung.

Die Provisorische föderale Verfassung von 1993³³

„§ 1) Die Italienische Union ist der freie Zusammenschluß der föderalen Republik des Nordens, der föderalen Republik Etruriens und der föderalen Republik des Südens.

§ 2) Es gibt keine Beschränkungen für die Bewegungsfreiheit und die Aktivitäten der Bürger der Föderalen Republiken auf dem Territorium der Union. Diese Freiheit kann nur wegen Verstoßes gegen die Strafgesetze eingeschränkt werden.

§ 3) Die Föderalen Republiken bestehen aus den derzeitigen Regionen, gleicherweise des Normal- oder des Sonderstatuts; die Regionen mit Normalstatut erhalten die gleichen Kompetenzen, die gegenwärtig nur die Regionen mit Sonderstatut besitzen. Die Gebietsgrenzen der drei Föderalen Republiken werden durch Volksabstimmungen festgelegt.

§ 4) Jede Föderale Republik besitzt das Recht, ihre eigene innere Ordnung festzulegen oder zu verändern; in jedem Fall aber wird die Exekutive von einer Regierung ausgeübt, die von einem Gouverneur geleitet wird, der von den Bürgern der Republik in direkten Wahlen zu bestimmen ist.

§ 5) Die Provisorische Versammlung (Dieta provvisoria) jeder Föderalen Republik besteht aus 100 Mitgliedern, die durch ein Losverfahren aus den gewählten Regionalräten der Republik selbst ermittelt werden. Gemäß der endgültigen Verfassung wird die Versammlung direkt von den Bürgern gewählt. Die vereinigten Versammlungen bilden die Politische Generalversammlung der Union (Assemblea Politica dell'Unione). Die legislative Funktion obliegt ausschließlich einem anderen Vertretungskollegium, das aus 200 Mitgliedern bestehen soll, die von allen Bürgern der Union zu wählen sind und das sich in einer Vielzahl von Gremien mit besonderen Vollmachten äußern soll.

§ 6) Die Regierung der Union leitet ein Premierminister, der von den Bürgern der Union direkt zu wählen ist. Er übt seine Funktionen aus, indem er von einem Direktorium unter-

³⁰ Esterbauer, Fried, *Kriterien föderativer und konföderativer Systeme*, Wien: Wilhelm Braumüller 1976, S. 16.

³¹ Interview mit Bossi, in: Tambini, Damian, *Strategy or Identity? The Northern League at a Crossroad: Two Interviews with Bossi and Rocchetta*, in: *Telos*, 1993/94, Nr. 98/99, S. 237. Auch vgl. Savelli, Giulio, *Che cosa vuole la Lega*, Milano: Longanesi & C. 1992, S. 8.

³² *Lega Nord*, 3.02.1993, zitiert nach Diamanti, I., *La Lega, Geografia ...*, a.a.O., S. 95.

³³ Entwurf Umberto Bossis vom Dezember 1993, übersetzt aus italienischen von Manfred Alexander, zitiert nach Cressati, Claudio, *Einigung, Föderalisierung, Zerfall? Italien und die Lega Nord*, in: *Ethnos-Nation. Eine europäische Zeitschrift*, Jg. 2, 1994, H. 1, S. 27-28; *La Repubblica*, 12/13.12.1993.

stützt und kontrolliert wird, dem er vorsteht und das aus den Gouverneuren der drei Föderalen Republiken sowie aus einem Verantwortlichen der Regierung einer der fünf Regionen besteht, die bereits eine ausgebildete Autonomie besitzen und die sich in dieser Funktion abwechseln. Entscheidungen auf dem Gebiet der Wirtschaft und Finanzen, sowie auf anderen Gebieten, die von der endgültigen Verfassung ausdrücklich festzulegen sind, müssen vom Direktorium einstimmig getroffen werden.

§ 7) Die Regierung der Union ist für die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen verantwortlich, für die Verteidigung der Union, für die oberste Justizordnung, für das Geld- und Kreditwesen, für die allgemeinen Wirtschaftsprogramme und die Ausgleichszahlungen. Alle anderen Kompetenzen liegen bei den Föderalen Republiken und deren Gliederungen. Der Premierminister ernennt und entläßt die Minister, die als seine direkten Mitarbeiter fungieren; ihr Kollegium genießt keine verfassungsmäßige Sonderstellung. Der Premierminister kann durch ein qualifiziertes Votum der Allgemeinen Generalversammlung der Union abgesetzt werden.

§ 8) Das Steuerwesen finanziert durch die Gemeindesteuern die Ausgaben dieser Gemeinden. Der Ertrag der übrigen Steuern wird zwischen den föderalen Republiken aufgeteilt, unter Berücksichtigung des Ortes, wo der Reichtum erwirtschaftet oder ausgetauscht worden ist, mit Ausnahme einer Quote, die für die Finanzierung der Union notwendig ist, und einer Quote, die für die territoriale Verteilung der Mittel bestimmt wird.

§ 9) In den jährlichen oder mehrjährigen Etats der Union der Föderalen Republiken muß der äußerste Rahmen der Steuerlast und des Kreditbedarfes in jeder Form festgelegt werden. Die Ausgaben der Union, der Föderalen Republiken, der Regionen und der kleineren Territorialeinheiten, sowie der anderen öffentlichen Hände dürfen in keinem Fall 50 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes der Union übersteigen. Die Wirtschaftssektion des Verfassungsgerichtes ist mit der Überwachung dieser Bestimmung und der Ergreifung von Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung beauftragt.

§ 10) Die Einrichtungen und Bestimmungen der Verfassung vom 27. Dezember 1947, die mit der Provisorischen Föderalverfassung nicht im Widerspruch stehen, bleiben in Kraft, bis die endgültige Föderalverfassung durch eine Volksabstimmung gebilligt sein wird.“

Das von Miglio ausgearbeitete Regelwerk verstärkte bereits vorhandene Positionen Bossis, wie in seinem Verfassungsentwurf vorgesehen und gab mit seinen Vorschlägen zur Reform des Staates neue Impulse.³⁴ Die Zusammenarbeit von Miglio und Bossi, welche dem Ruf des zum damaligen Zeitpunkt anerkannten Wissenschaftlers abträglich und daher für die ideologische und organisatorische Festigung der Lega Nord fruchtbar war, war jedoch nicht immer konfliktfrei. Vor allem auf der strategischen Ebene war der Parteipolitiker Bossi immer flexibel. Nach dem Abkommen der Regierungsbeteiligung wurde der Föderalismus-Vorschlag von Bossi deutlich abgeschwächt. Sichtbar wurde dieser Konflikt, als Bossi zum Minister für die Reform der Institutionen nicht Miglio, sondern Speroni vorschlug und Miglio daraufhin die Lega verließ.

³⁴ Vgl. Miglio, G., *Io e la sinistra*, a.a.O., S. 24-25.

Nach dem Ausschneiden Miglios aus der Lega wurde auf der Föderaldelegiertenversammlung (*assemblea federale*) vom 6. November 1994 in Genua ein neues, aber nicht unwesentlich verändertes Föderalismusmodell vorgestellt, das eine neue Strategie enthielt.³⁵ Die Ausarbeitung, die vor allem unter der Schirmherrschaft des Prof. Ortino erfolgte, macht den temporären, taktisch motivierten Rückzug aus den extremen Forderungen deutlich, der aus der Übernahme der Regierungsverantwortung in der Berlusconi-Regierung und ihrem neuen Image als nationale Partei nach den Wahlen 1994 resultiert. Es handelt sich dabei um ein äußerst komplexes Modell, das die Föderation von neun Staaten und zwanzig Regionen (zuzüglich Provinzen und Kommunen) in einem nunmehr Fünfebenensystem der Regierung vorsieht.

Der Föderation sollen enumerativ festgelegte exklusive Kompetenzen in bestimmten Bereichen zukommen, die in zwei unterschiedliche Kategorien unterteilt sind³⁶: einige unterliegen der ausschließlichen Gesetzgebung nur einer Kammer; andere unterliegen der legislativen Kompetenz beider Kammern, von denen die zweite als „Staatenkammer“ nach deutschem Bundesratsvorbild konzipiert sein soll. Letztere unterscheidet sich allerdings dahingehend vom deutschen oder amerikanischen Modell, daß es eine Direktwahl ihrer Mitglieder „auf staatlicher Basis“ vorsieht, analog zur aktuell existierenden, verfassungsmäßig festgelegten „Regionenbasis“. Diese bezieht sich jedoch nur auf die Festlegung der Wahlkreise und stellt keinerlei wirkliche Verankerung in der Region bzw. regionale Repräsentation dar.

Alle nicht enumerativ der Föderation zugeschriebenen Kompetenzen obliegen in diesem Entwurf den Teilstaaten. Die substaatlichen Regionen sollen dabei Kompetenzen ausüben, die ihnen jeweils von den Staaten übertragen werden und die den jeweiligen Begrenzungen durch diese unterliegen.³⁷ Die Verwaltungstätigkeit obliegt in diesem Modell allerdings – und hier kommt ein unvermuteter Zentralismus des Leghenmodells zum Vorschein – der Föderation; die neun „Staaten“ haben keine eigene Administration, sondern verlagern diese in die exklusive Bundeskompetenz.³⁸ Die regionale Verwaltung dagegen betrifft dieselben Bereiche wie die legislativen Kompetenzen der Teilstaaten. Die „Staaten“ unterliegen darüber hinaus grundlegenden föderalen Kontrollen, die denen des aktuellen Systems sehr nahekommen.

VI.3 Föderalismus und Sezessionsstrategie

Nach der Koalition mit der Forza Italia und Alleanza Nazionale hat die Lega Nord auf jeder Ebene der Wahlen immer schlechter abgeschnitten. Die größte positive Abweichung ist in den Parlamentswahlen 1994 zu beobachten (8,4 % Stimmenanteil bei der Verhältniswahl, 18,6 % und 19,0 % der Sitze von Abgeordnetenversammlung bzw. Senat). Gleich in den Parlamentswahlen von März 1994 (8,4 %) verlor sie 0,3 % im Vergleich zu den Wahlen von 1992 (8,7 %) und 1,8 % weiter in den Europawahlen von Mai 1994 (6,6 %). Eben in der Lombardei, wo die Lega in den Parlamentswahlen von 1994 ausnahmsweise eine Zunahme von 0,8 % verbucht hatte, mußte sie um 5,7 % Einbußen hinnehmen (Vgl. Abb. VI-2).³⁹

³⁵ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 110-112.

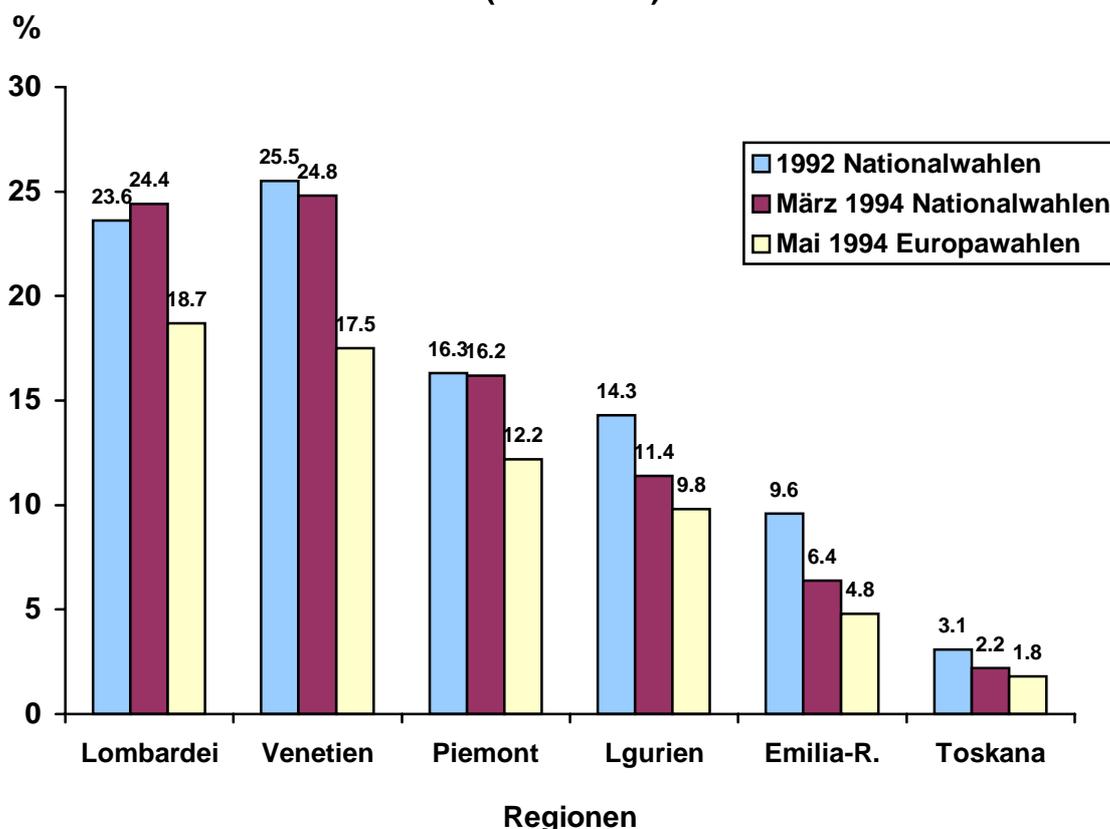
³⁶ Vgl. Seitz, M., a.a.O., S. 93.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Diamanti, I., *La Lega. Geografia ...*, a.a.O., S. 139.

Abb. VI-2: Stimmenanteil der Lega Nord in Regionen
(1992-1994)



Quelle: Diamanti, I., *La Lega. Geografia...*, S. 139.

Die Lega wollte trotzdem nach den Wahlen innerhalb der Regierungskoalition ihre föderalistische Zielsetzung durchführen. Mit ihrem Verfassungsentwurf hat die Lega erneut vor der Regierungsbildung 1994 zur Forza Italia konkret folgendes gefordert, und zwar auch mit taktischen Inhalten: 1) Verfassungsreform im föderalistischen Sinne, 2) fiskaler Föderalismus, 3) Bekämpfung des Problems der Arbeitslosigkeit und 4) Modernisierung der Justiz, einschließlich der Zivil- und Strafgerichte und Modernisierung der wissenschaftlichen Institutionen.⁴⁰ Bossi hatte in der Versammlung von Pontida nach den Wahlen (10. April) „Föderalismus sofort!“ gefordert.⁴¹

Die Leghisten mußten jedoch durch den starken Widerstand der Alleanza Nazionale einen Kompromiß akzeptieren. In der Verhandlung mit der Alleanza Nazionale vom 9. April 1994 mußte die Lega auf die Forderung nach der Souveränität der Makro-Region verzichten, um vor allem den Innenminister und einen der beiden Vizepräsidenten des Ministerrats (Fraktionschef, *Roberto Maroni*), Minister für die Reform der Institutionen (*Francesco Speroni*) und Vorsitzende der Abgeordnetenkammer (Katholische Traditionalistin, *Irene Pivetti*) zu bekommen. Die Leghisten besaßen noch fünf Ministerämter neben der Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer – für Innen, für Industrie und Handel (*Vito Gnutti*), für politische Kom-

⁴⁰ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 107.

⁴¹ Ebenda.

munikation (*Domenico Comino*), für Reform der Institutionen und für Bilanz (*Giancarlo Pagliarini*).⁴² Die föderalistische Forderung der Lega wurde dann in die Regierungsprogramme eingebunden und institutionalisiert.

Berlusconi, der im Grunde keine föderalistische Reform bevorzugte, stand in den Diskussionen innerhalb der Koalition vielmehr der *Alleanza Nazionale* nahe. Die Politik der Regierung Berlusconi kann zwar, wie Giovanni Sartori in einer rückblickenden Betrachtung treffend das zu Tage tretende Politikverständnis von Berlusconi charakterisierte, als „Politik des Ausschusses (*politica come esclusione*)“ bezeichnet werden⁴³: Bewußt wurden auf das für eine liberale Demokratie charakterisierte Prinzip des Ausgleiches und des Kompromisses verzichtet. Berlusconis Interpretation der sogenannten „Mehrheitsdemokratie (*democrazia maggioritaria*)“ entspreche, so Sartori, dem Verständnis von „Politik als Kampf“.

Seit der Institutionalisierung der föderalistischen Forderung der Lega wuchs die Spannung innerhalb der Lega. Während Bossi durch die Forderung des sofortigen Föderalismus die Stimmeneinbuße in den nationalen und Europawahlen und die abnehmende Konsolidierung der Militanten und Sympathisanten in der Konkurrenz mit der *Forza Italia* zurückzugewinnen versuchte, wollten nicht wenige leghistische Parlamentarier, die vor allem durch die Koalition mit der *Forza Italia* ins Parlament eintreten konnten, einschließlich Pivetti, institutionalisierte Bemühungen weiterentwickeln.⁴⁴ Seit Anfang November begann trotzdem der Angriff von Bossis Lager auf *Forza Italia* und *Alleanza Nazionale*. Bossi hat Berlusconi und Fini mit den wiederholten Forderungen nach der sofortigen föderalistischen Reform und der Abschaffung des Medienmonopols von Berlusconi den Vorwurf der Beibehaltung des „Assistenzialismus“ gemacht.

In der Zwischenzeit nach dem Rücktritt Berlusconis bis zur Bildung der neuen Regierung wollte aber die Lega durch die parlamentarische Arbeit die föderalistische Reform durchsetzen. Am 18. Januar 1995 hat die Senatsgruppe der Lega erfolglos föderalistische Vorstellungen nach dem von Speroni bearbeiteten US-amerikanischen Modell vorgeschlagen.⁴⁵

Auf der anderen Seite wurde die föderalistische Initiative der Lega Nord dadurch bedroht, daß die föderalistische Reform des Staatsaufbaus bereits seit 1992 in die italienische politische Tagesordnung aufgenommen wurde. Eine Zweikammerkommission für die institutionellen Reformen (*Commissione bicamerale per le riforme istituzionali*) wurde am 23. Juli 1992 eingerichtet. Die Kommission *bicamerale* legte am 7. Januar dem Parlament einen Verfassungsgesetzvorschlag vor, der die Regionen erstmals mit einem wirklichen System der Selbstverwaltung und „echten“ legislativen, administrativen und finanzpolitischen Kompetenzen bis hin zur politischen Autonomie ausstatten sollte.⁴⁶ Auch auf einem Seminar der ehemaligen kommunistischen Partei PDS 1992 (*Convegno nazionale di PDS*) wurde das Konzept eines „deutlich unitarischen und solidarischen Föderalismus“ formuliert, der an das Gedankengut Cattaneos anknüpfen und die zentralistische und konservative Tradition überwinden soll.⁴⁷

⁴² Figura, Luigi, *I governi d'Italia da Cavour a Prodi*, Milano: Virgilio 1998, S. 234.

⁴³ Sartori, Giovanni, Una repubblica di aria fritta, in: *MicroMega*, 1995, Nr. 1, S. 47.

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 109.

⁴⁵ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 116-117.

⁴⁶ Seitz, M., a.a.O., S. 82.

⁴⁷ Occhetto, Achille, Intervento conclusivo, in: *Convegno nazionale del PDS 1992*, S. 2, zitiert nach Seitz, M., a.a.O., S. 87.

Das Parlament unter Ciampi hatte Ende 1993 in einem Dokument der Bicamerale weiterhin empfohlen, 70 % der zentralen Staatsgewalt den jeweiligen Regionen zu übertragen. Die Regierung Prodi hat diese Empfehlungen und weitergehende Reformen selbst in ihr Wahlprogramm übernommen und nach dem Regierungsantritt in die Bicamerale zur Realisierung eingebracht. Das Wahlprogramm von Prodi umfaßt folgende die Staatsreform betreffende Zielsetzungen: Einrichtung einer Kammer der Regionen (*Camera delle Regioni*), Gesetzgebungsbefugnis für die Regionen, mehr Regionalautonomie, Verbesserung interregionaler Zusammenarbeit, Garantie der Finanzhoheit der Regionen und Kommunen sowie Verstärkung der Präsenz der Regionen in der Europäischen Union.⁴⁸

Die Mitte-Links-Koalition, der „Olivenbaum (*l'Ulivo*)“ unter Romano Prodi übernahm 1996 ins Programm den Ansatz einer Staatsreform als föderalen Systems, wobei die zentralen Aufgaben der Regionen vor allem in der Schaffung von Arbeitsplätzen gesehen werden. In einer anstehenden Verfassungsreform soll das Ziel eines Föderalismus ähnlich dem deutschen Modell angestrebt werden, ohne daß allerdings Umsetzungsmodalitäten festgelegt sind. In diesem Ansatz wird der Unterschied zum Leghenmodell herausgestrichen, dem, so die Kritik, Ernsthaftigkeit abgeht und das darüber hinaus entscheiden muß, inwieweit tatsächlich ein „emotionaler Separatismus“ gegenüber einem Interessenausgleich zwischen dem Norden und dem Süden bevorzugt werden soll. Dieser Ansatz stellt – nach dem Wahlsieg der Leghen vor allem im Norditalien, der als Wählerentscheidung für die dezentrale Option interpretiert wird, die von den Linken aufgegriffen werden muß – eine prinzipielle Öffnung gegenüber den Leghen dar.

Die im Januar 1997 eingerichtete Bicamerale zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform hat am 30. Juni 1997 ihre Empfehlungen zur Reform des italienischen Staates vorgelegt. Diese beinhalten im Kern eine Föderalisierung des italienischen Staatsaufbaus und behandelten insgesamt vier Bereiche: „die Föderalisierung Italiens, das Justizwesen, das Wahlsystem und die Wahl, sowie die Stellung des Präsidenten der Republik.“⁴⁹

Der erste Artikel der italienischen Verfassung sollte abgeändert werden in „Die Republik konstituiert sich aus den Kommunen, den Provinzen, den Regionen und dem Staat“.⁵⁰ Jede Region wird ihre eigene Regierung und ihr eigenes Wahlgesetz festlegen können. 31 Aufgaben sollten in der Kompetenz des Zentralstaates, insbesondere Außenpolitik, öffentliche Ordnung, Rechtswesen, Umweltschutz, Währungspolitik, Gesundheitswesen und das nationale Wahlsystem verbleiben. Die Regionen, ihre Provinzen und Kommunen bekommen demgegenüber mehr Finanzautonomie, und können sowohl selbst Steuern erheben als auch neue Steuern einführen. Bezüglich der Regierungsreform wurde ein Präsidialsystem empfohlen, in dem der Präsident der Republik für sechs Jahre direkt vom Volk gewählt wird. Seine Aufgabe soll weiter in der Ernennung des Ministerpräsidenten bestehen, welchem jedoch selbst wie bisher die Kabinettsleitung und die Richtlinienbestimmung der Innen- und Außenpolitik sowie das Recht auf Ernennung und Entlassung der Minister obliegen sollte.

Im Sommer 1997 hat die neue Bicamerale sich zwischen den Alternativen eines starken Premiers nach dem deutschen Modell (*L'Ulivo*) und einem Staatspräsidenten nach französi-

⁴⁸ *Tesi per la definizione della piattaforma programmatica dell'Ulivo*, Tesi-Nr. 3 und 4.

⁴⁹ Barlucchi, M. Chiara/Volker Dreier, Der Schlaf der Politik gebiert Ungeheuer: Zu den Sezessionsbestrebungen der Lega Nord, ihren Ursachen und möglichen Erfolgsaussichten, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 8, 1998, S. 589.

⁵⁰ Weiter über die Inhalte der von den Bicamerale ausgearbeiteten Verfassungsreform, vgl. Ebenda, S. 589-590.

schem Modell (Alleanza Nazionale; oder US-amerikanischem Modell von der Forza Italia) für das „Semi-Präsidialsystem (*semi-presidenzialismo*)“ entschieden, das heißt für einen Staatspräsidenten, der seine bisherigen Rechte behält, aber durch die Direktwahl eine starke Legitimation erhält. Die Rolle des Premiers bleibt demnach untergeordnet, wird aber durch seine Nominierung als Kandidat der Koalition auf den Wahlscheinen aufgewertet, das heißt, er kann nicht mehr so leicht von der Mehrheit nach Bedarf ausgetauscht oder vom Präsidenten nominiert werden.⁵¹

Was die Frage der Justizreform betrifft, wurde ein vorläufiger Entwurf verabschiedet, der es noch im Unklaren läßt, ob die beruflichen Laufbahnen für Staatsanwälte und Richter getrennt verlaufen sollen. Zur Wahlrechtsreform lautet die Empfehlung der Bicamerale, den bisherigen Wahlmodus um einen zweiten Wahlgang zu ergänzen. Der zweite Wahlgang sollte dabei die zwei aus dem ersten Wahlgang hervorgegangenen stärksten Parteienkoalitionen betreffen. Die aus dem zweiten Wahlgang als Sieger hervorgegangene Parteienkoalition soll zusätzlich 20 % der Parlamentssitze erhalten.⁵²

In bezug auf die föderalistische Forderung ist auch die „Bürgermeisterbewegung vom Nordosten (*sindaci di Nordest*)“ nicht zu übersehen. Die Bewegung der „*sindaci di Nordest*“ hat zu einer organisatorischen Übereinkunft und damit zu einer wirkungsvollen politischen Vertretung der Interessen der Kommunen des Nordostens gefunden, welche die Lega Nord als Partner gewinnen möchte.⁵³ Massimo Cacciari, Bürgermeister von Venedig und prominentestes Mitglied der Bürgermeisterbewegung sieht beim Leghismo eine ernst zu nehmende politische Kraft der Großregion „Lombardei-Venetien“: Sie könnte neben der innovativen Funktion von „den Sauberen Händen (*mani pulite*)“ und der politischen Sammlungsbewegung Olivenbaum entscheidend zur Umgestaltung des Zentralstaates im Sinne eines Föderalismus auf der Grundlage der Autonomie der Kommunen beitragen.⁵⁴

Diese Bemühungen um die föderalistische Reform waren allerdings die Spiegelung der öffentlichen Meinung in der Wandlungsphase. Bereits vor der Sezessionsstrategie der Lega bejahten in einer im September 1994 vom Umfrageinstitut SWG durchgeführten repräsentativen Befragung (Stichprobenumfang 1 019 Befragte) zur Reform des italienischen Staates und seiner territorialen Organisationsstruktur nur 33 % die gegenwärtige Struktur, während die restlichen 67 % eine mehr oder weniger starke Erneuerung wünschten (Vgl. Abb. VI-3).

Differenziert nach Nord-, Zentrum- und Südregionen betrachtet, waren 1994 unter allen Einwohnern der Nordregionen nur 25 % mit der gegenwärtigen Struktur zufrieden, während 27 % mehr Autonomie für die Regionen wünschten. Im Süden waren dagegen 42 % mit der gegenwärtigen Struktur des Staates zufrieden und bevorzugten 27 % mehr Autonomie für die Kommunen. Im Mittelitalien waren 39 % mit der gegenwärtigen Struktur zufrieden (Vgl. Abb. VI-4).

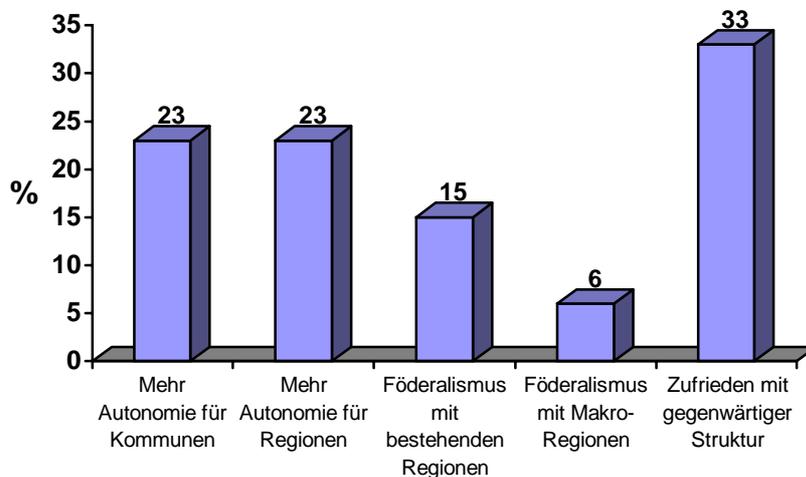
⁵¹ Beuttler, Ulrich/Georg Gehlhoff, Neues Parteiengefüge und politische Reformen in Italien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998, B 28, S. 11.

⁵² Auf der letzten Stufe wurde jedoch der Reformversuch im Mai 1998 an der Absagen vom Berlusconi gescheitert. Vgl. *La Repubblica*, 11.05.1998, 12.05.1998 und 28.05.1998.

⁵³ Vgl. Baldini, Gianfranco/Guido Legnante, Dal sindaco die partiti al partito di sindaci?, in: Luciano Bardi/Martin Rhodes (Hg.), *Politica in Italia: i fatti dell'anno e le interpretazioni*, edizione 98, Bologna: Il Mulino 1998, S. 45-67.

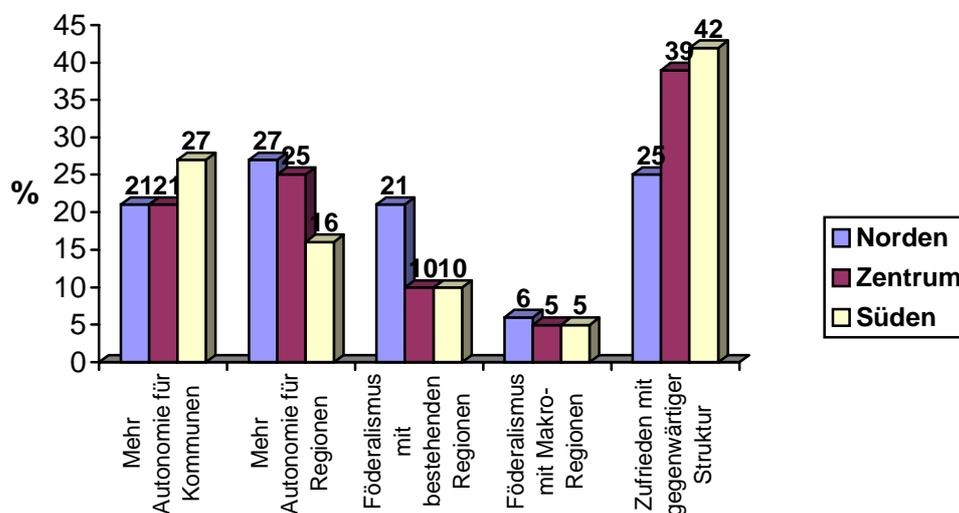
⁵⁴ Cacciari, Massimo, Unica soluzione, la federazione, in: *MicroMega*, 1996, Nr. 2, S. 17.

Abb. VI-3: Bevorzugte Reformen des Staatsaufbaus (Umfrage 1994)



Quelle: Barlucchi, M. Ch., S. 351.

Abb. VI-4: Bevorzugte Reformen des Staatsaufbaus in drei Territorien (Umfrage 1994)



Quelle: Barlucchi, M. CH., S. 353.

Vor diesem Hintergrund hat Bossi in einem Interview vom 24. Januar 1995, in dem er seine Unterstützung der Regierung Dini erklärt hat, zum ersten Mal die Möglichkeit der Sezessionsforderung erwähnt.⁵⁵ Die Kursänderung war jedoch kein konfliktfreier Weg. Der Konflikt innerhalb der Lega hat daher zur Folge, daß ein Drittel der parlamentarischen Gruppe der Lega die Partei am 20. Februar 1995 verlassen hat und die meisten davon in der Situation

⁵⁵ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 118.

des Vorschlags von Neuwahlen durch Berlusconi zur Forza Italia übergegangen sind. Durch die Abtrünnigkeit wurde die Lega vor der Verstärkung der Konkurrenzfähigkeit der Forza Italia gegen sie im Norden und vor einer begleitenden Schwächung der Konsolidierung ihrer Militanten und Sympathisanten dazu gezwungen, ihre Forderung und Verschiedenheit von der Forza Italia auf der Grundlage ihrer Eigenständigkeit als regionalistische Partei des Nordens zu verdeutlichen.

So mußte die Lega Nord die Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Forza Italia im Norden zurückgewinnen und auch ihre Einzigartigkeit als die politische Repräsentanz Padaniens deutlich machen. Direkt nach den Regionalwahlen wurde daher am 28. Mai 1995 das „Parlament des Nordens“ mit der Neuschaffung der Kunstregion „*Padania*“ einberufen, das zehn Tage später (7.06.1995) auch mit Sitz in Mantua gebildet wurde,⁵⁶ und ein Jahr später ins „Parlament von Padanien“ umgenannt wurde.⁵⁷

Die Lega hat sogar die Sezession als die entscheidende Strategie für das Forcieren ihrer föderalistischen Konzeption mit der Forderung nach der „Spaltung Italiens nach dem Vorbild der Tschechoslowakei“ unmittelbar nach den Parlamentswahlen von 1996 aufgenommen. In der Diskussion am 4. Mai 1996, in der das „Parlament“ umbenannt worden ist, hat Bossi vorgeschlagen, ein „Komitee zur Befreiung Padaniens (*CLP: Comitato di Liberazione della Padania*)“ nach dem Modell des „Komitees der Nationalen Befreiung (*CLN: Comitato di Liberazione Nazionale*)“, das im Zweiten Weltkrieg gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat, als Grundlage der Sezession zu bilden. Die Lega Nord hat ihren Namen mit dem Zusatz „die Lega Nord für die Unabhängigkeit Padaniens“ (*La Lega Nord per l'Indipendenza della Padania*)“ verlängert.⁵⁸

Seitdem stellt die Lega Padanien und andere Regionen außerhalb Padaniens, die die Lega insgesamt „Italien“ nennt, gegeneinander, aber die beiden Regionen vom Mittelatlantien, Umbrien und Marken gehören dabei allerdings bereits zu Padanien. Die Sezessionsstrategie begleitete die Losung „Zwei Regierungen, zwei Parlamente, zwei Ökonomien“. Die Spannung erhöhte sich, als die Lega außer der Bildung der sog. „Sonnenregierung (*Il Governo Sole*, 12. Mai 1996)“ mit Sitz Mantua weiterhin ihre symbolische Proklamation eines unabhängigen Staates *Padania* erklärte. Eine weitere Zuspitzung geschah im Sommer 1997 mit ihrer Ankündigung, am 27. Oktober 1997 erste Wahlen für ein Parlament *Padania* durchzusetzen.

Auf der anderen Seite findet sich jedoch der Föderalismus mit drei Makroregionen auf dem niedrigsten Anteil an Befürwortern in den beiden o. g. Abbildungen (VI-3 und VI-4), und zwar auch im Norden. In dieser Situation konnte das Echo auf die Sezessionsstrategie, daß die Lega nunmehr im Grunde mit zwei Makroregionen das Land spalten will, nicht so beachtenswert sein. In der Tat war das „Fest der Selbstbestimmung der padanischen Völker (*Festa dell'autodeterminazione di popoli padani*)“ zwischen dem 13. und 15. September 1996 auch nach der Wertung der Lega selbst (4 Millionen Beteiligte, Schätzung der Lega) nicht erfolgreich⁵⁹. Auch das Ergebnis der Wahlen zum „Parlament *Padania*“ im Oktober 1997 führte zu einem bedeutenden Dämpfer für die Sezessionsstrategie der Lega Nord. Statt

⁵⁶ Das „Parlament“ besteht aus den Leghen-Führern wie den Delegierten der beiden Kammern von Rom (Senat, Abgeordnetenkammer) und des Europaparlaments, der Regionalparlamente, und den Bürgermeistern sowie Präsidenten der Provinzen. Ebenda, S. 124.

⁵⁷ Ebenda, S. 129.

⁵⁸ Die Umnennung wurde aber nicht anerkannt, die die Lega daraufhin am 10. Mai im Senat beantragte. Ebenda, S. 135.

⁵⁹ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 139.

der erhofften und in ihren Medien verbreiteten Wahlbeteiligung von insgesamt 6 Millionen beteiligten sich nur 600 000 Wahlberechtigte.⁶⁰

Dazu kommt, daß die föderalistische Vorstellung der Bicamerale und der Bürgermeisterbewegung, deren Schwerpunkt auf der Verstärkung der regionalen Autonomie innerhalb der gegenwärtigen Regionalstruktur liegt, für die Lega Nord sehr schädlich ist. Bossi selber sagte zum föderalistischen Programm des Olivenbaums, daß „der Föderalismus von Prodi stark wie die Mortadella“ sei.⁶¹ Die Lega hat daher ihre neue Strategie ambivalent angewendet. Sie hat einerseits mit ihrer radikalen Sezessionsforderung sowohl die Zusammenarbeit für die föderalistische Reform in der Bicamerale als auch die Bürgermeisterbewegung für einen föderalistischen Staatsaufbau kategorisch abgelehnt. Vor allem die Reaktionen Bossis auf die Bürgermeisterbewegung waren von Anfang an vom starken Ausschlußdenken bestimmt. Bossi sieht diese Bewegung als einen lästigen politischen Konkurrenten im Kernland des Leghismo. Dafür wurden die verbale Aggressivität und die massiven Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Bürgermeister und Kommunalpolitiker der Lega ausgesprochen, welche am organisatorischen Zusammenschluß der Bürgermeisterbewegung teilnahmen und als Sprecher der Bewegung auftraten. Während sich die Bewegung der Bürgermeister entschieden, sich für die Autonomierechte der Kommunen auf der Grundlage eines föderalen Konzeptes im nationalstaatlichen Kontext einzusetzen, und die Regierung und andere Parteien über die föderalistische Reform in der Bicamerale diskutierten, intensivierte Bossi seit Mitte 1995 die sezessionistischen Drohungen.⁶²

Auf der anderen Seite bekräftigte die Lega aber den strategischen Charakter der Sezessionsforderung für die Verwirklichung des Föderalismus und vor allem hatte sie versucht, im Wahlkampf den Föderalismus mit der neoliberalen Politik zu verbinden, um die Interessen der Mittelschichten zu artikulieren.

Bossi machte so im Zusammenhang der Sezessionsstrategie diese Orientierung in seiner Rede in der Abgeordnetenkammer am 21. Dezember 1995 noch deutlicher:

„Wir fordern im Gegenteil die sofortige Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, damit das Volk die neue föderalistische Verfassungsreform verwirklichen kann. ... Die neue verfassungsgebende Versammlung wird sowohl das Ende des Patronagenstaates als auch das Ende der politisch-geschäftlich-mafiosischen und auch nichtswürdig assistenzialistisch funktionierenden Bündnisse garantieren müssen. Sie wird die Regelungen formulieren müssen: um gleiche Bedingungen herzustellen, die Beschleunigung der Privatisierung und die zugunsten der Betrieben und Befriedigung dringenderer Bedürfnisse kräftigende Politiken. ... Aber die Lega wird nicht abwarten, sondern die Entscheidungsprozesse forcieren. ... Jeder weiß es. Die wesentliche Wahl zu diesem Zeitpunkt, liegt zwischen dem föderalistischen Staat und der Sezession des Nordens: Jetzt, sofort!“⁶³

⁶⁰ *La Repubblica*, 28.10.1997.

⁶¹ *Corriere della Sera*, 6.05.1996.

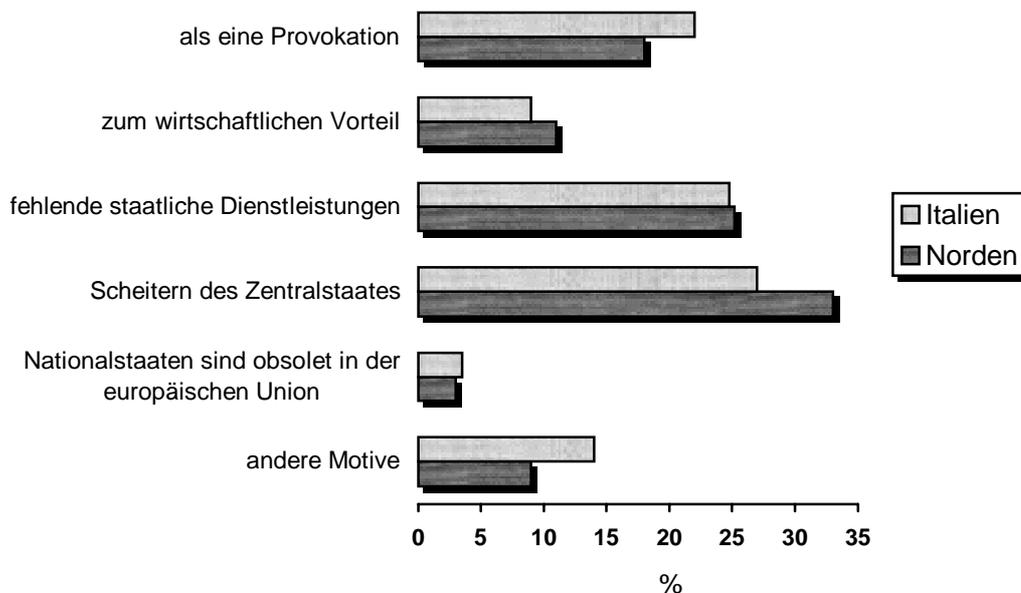
⁶² Cacciari behauptet daher nunmehr, daß die venetische Tradition weder alpinische noch celtische, sondern venetisch-serenistische (*veneto-serenissima*) sei. *Corriere della Sera*, 23.04.1998.

⁶³ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 127.

Bossi hat weiter bei seinem Vorschlag zur Gründung des „Komitees zur Befreiung Padaniens“ am 4. Mai 1996 gleichzeitig mit der Verstärkung der neuen Strategie darauf hingewiesen, daß die Forderungen nach dem Recht der Sezession einfach einen strategischen Sinn, d. h. ein Anstoß im Vergleich zur föderalistischen Evolution hätten.⁶⁴ Es wäre zwecklos, den Föderalismus weiter zu fordern, so urteilte Bossi, wenn keine politische und ökonomisch-gesellschaftliche Grundlage für die Verwirklichung des Föderalismus mehr bestände, denn die einzige Alternative wäre nichts anderes als das „Recht der Sezession“ zu erhalten.⁶⁵ Auch der Präsident der Lega Nord Stefani erklärte: „Die Sezession geht von der Unmöglichkeit der Verwirklichung des Föderalismus aus ... Der Föderalismus ist in diesem Staat, in dieser Situation nicht erreichbar.“⁶⁶

Umfrageergebnisse zeigen, daß anteilig mehr Lega-Wähler als die Gesamtbevölkerung des Nordens die Sezessionserklärung für eine Provokation halten.

Abb. VI-5: Warum wurde die Sezession proklamiert?



Quelle: ISPO/CRA-NIELSON, 06-08.12.96

Von 22 % der Befragten (Stichprobenumfang, 4 515) in Italien wurden die Sezessionsbestrebungen der Lega für eine Provokation gehalten (um ca. 4 % niedriger im Norden). 27 % aller Befragten machten das Scheitern des Zentralstaates (fast 35 % im Norden) und 25 % der Gesamtitaliener und der Norditaliener die Unfähigkeit des Staates, wichtige Dienstleistungen zu erbringen, vor allem auf der fiskalpolitischen Ebene, für die separatistische Proklamation der Lega Nord verantwortlich. 9 % aller Befragten betonten wirtschaftliche Vorteile für den Norden (ca. 3 % niedriger als im Norden), 3 %, gleichmäßig im Norden und gesamten Italien, sahen die Nationalstaaten vor der europäischen Integration als obsolet an, und

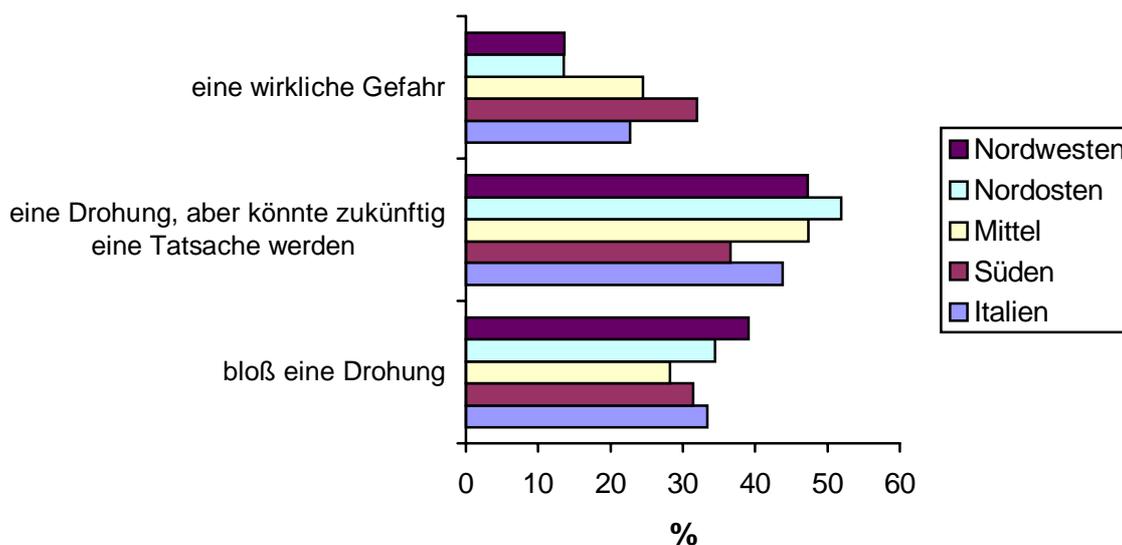
⁶⁴ Ebenda, S. 131.

⁶⁵ Ebenda, S. 129.

⁶⁶ Negri, Sabina, *Sezessione: viaggio nel Nord inquieto*, Bergamo: Editrice Foedus 1996, S. 77.

unter 10 % bzw. 14 % verteilen sich auf andere Gründe (Vgl. Abb. VI-5).⁶⁷ Zieht man das Scheitern des Zentralstaates, unzulängliche staatliche Dienstleistungen und wirtschaftliche Vorteile für den Norden zusammen, so betrachten 61 % von allen Befragten bzw. 69 % von im Norden Wohnenden die secessionistische Initiative als eine Option, um zu verhindern, daß Norditalien durch wirtschaftliche und politische Strategien des Zentralstaates an wirtschaftlichem Reichtum verliert.

Abb. VI-6: Was meinen Sie zur Sezessionsdrohung von Bossi? (nach Territorium)



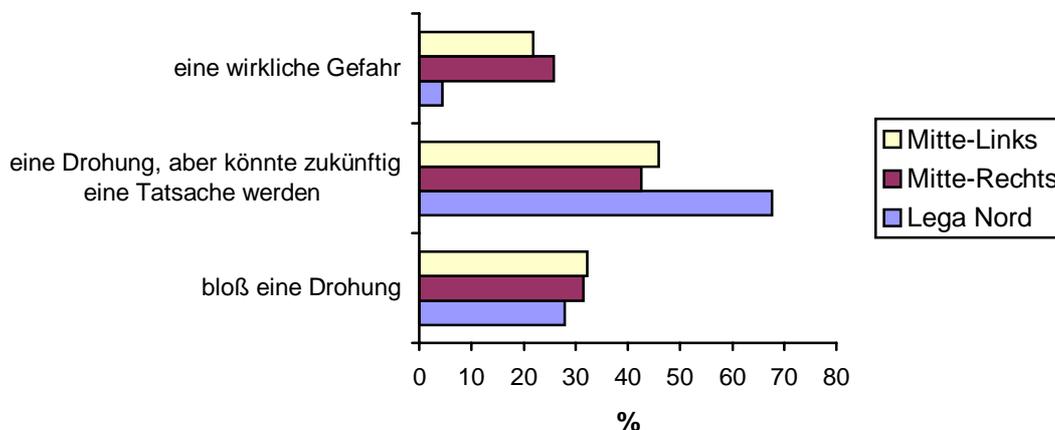
Quelle: *Corriere della Sera*, 17.06.1996

Nach den Territorien zeigten auch die Einwohner im Nordosten, in dem die meisten Hochburgen der Lega liegen, den niedrigsten Anteil für die Meinung „einer wirklichen Gefahr“ (13,6 %), während dieser Anteil in den Mittel- und Südregionen fast doppelt so hoch bzw. viel höher als im Norden war (24,5 % bzw. 32,0 %). Bei den Lega-Wählern und im Nordosten überwogen die Meinungen (67,7 % bzw. 51,9 %), daß die Sezession bloß eine Drohung sei, die aber künftig unter Umständen in eine Tatsache umgewandelt werden könnte (Vgl. Abb. VI-6).

In der Umfrage von Ispo/Cra-Nieleon, bei der unter der Leitung von Renato Mannheimer zwischen dem 8. und 10. Juni 1996 Interviews mit 4 640 Italienern geführt wurden, haben nur 4,4 Prozent derjenigen, die die Lega in den Parlamentswahlen vom 21. April 1996 gewählt haben, die Sezessionserklärung der Lega in der unmittelbaren Zukunft für eine wirkliche Gefahr gehalten. Gegensätzlich äußerten sich über 20 % der anderen, die an den letzten Wahlen für Mitte-Rechts bzw. Mitte-Links stimmten (Vgl. Abb. VI-7).

⁶⁷ Barlucchi, M. Chiara, Quale secessione in Italia?, in: *Rivista Italiana di Scienza Politica*, Jg. 27, 1997, S. 363-365; Barlucchi, M. CH./V. Dreier, a.a.O., 582-583.

Abb. VI-7: Was meinen Sie zur Sezessionsdrohung von Bossi? (nach Votum von Parlamentswahlen 21.04.1996)



Quelle: *Corriere della Sera*, 17.06.1996

Barlucchi stimmte diesbezüglich der Meinung von Diamanti zum Schluß bei, daß die separatistische Initiative kein ernsthaftes zu erreichendes Ziel, sondern eine Strategie, oder sogar Taktik sei, „um die Solidarität der Militanten und Sympathisanten in einem sich auf Homogenität zurückgeführten territorialen und sozialen Kontext zu verstärken, aber auch um die Sichtbarkeit und Zentralität auf die ‚Nordfrage (*questione settentrionale*)‘, auf der die politische Zentralität und Legitimität der Lega basiert, zu konzentrieren“.⁶⁸

Im Wahlkampf artikuliert die Lega die Interessen der Klein- und Mittelbetriebe und der unabhängig Beschäftigten unter dem Namen neoliberaler Wirtschaftspolitik für die Mittelschichten wie die Verkürzung der Gelder- und Arbeitskosten, sowie der Steuersenkung und Privatisierung. Damit hat sie immer weiter den Föderalismus verbunden und ihre Forderungen dem Etatismus der *Alleanza Nazionale* und dem Monopolismus der *Forza Italia* gegenübergestellt. Dies kann anhand der fünf wichtigsten Punkte des Wahlprogrammes für die Parlamentswahlen von 1996 bewiesen werden:

„1. Die Dezentralisierung: Alle Verwaltungsfunktionen (Institutionen, Gesundheitswesen, Finanzen usw.) müssen dezentralisiert und der größere Teil der Ministerien muß abgeschafft werden. Der zentralen Föderalregierung bleiben wenige Verwaltungsfunktionen (z. B. Verteidigung) und die wichtigen Aufgaben der Koordinierung und Kontrolle.“

2. Das öffentliche Defizit: Die zentrale Föderalregierung kann keine öffentlichen Gelder ausstellen. Die Mitgliedsstaaten beschaffen ihre öffentlichen Gelder, mit eigenen Sicherheiten, ohne die Garantie der zentralen Föderalregierung zum marktüblichen Zinssatz.“

⁶⁸ Barlucchi, M. CH., a.a.O., S. S. 366-367. Und auch vgl. Diamanti, Ilvo, L'improbabile ma rischiosa secessione, in: *Il Mulino*, Jg. 44, S. 816.

3. *Steuern und Abgaben: Die Mitgliederstaaten behalten alle von der Bevölkerung bezahlten Steuern und Abgaben. Daraus entstehen die Bedingungen für die richtige Bekämpfung der Steuerhinterziehung.*

4. *Die allgemeinen Ausgaben des Staates: Die Mitgliederstaaten transferieren einen Prozentanteil von ihren Steuern an die zentrale Föderalregierung, um die ‚allgemeinen Ausgaben‘ des Staates wie Militär, große föderale Infrastrukturen usw., zu bezahlen.*

5. *Die Solidarität: Die föderalisierten Staaten schicken einen Prozentanteil von ihren Steuern für die Ausgleichung und Solidarität weiter. Dieser Transfer wird maximale Durchsichtigkeit haben. Dieser ‚Fonds der Ausgleichung und Solidarität‘ wird direkt zwischen den wirtschaftlich unterentwickelten Mitgliederstaaten verteilt.*

Das italienische Produktionssystem tut wenig für die Kapitalschwachen.

...

Wir müssen daher das produktive System stärken, um den internen Kreis der ökonomischen Aktivität und der Beschäftigung fortzuentwickeln.

Nun wissen alle, daß wir diesen Status quo aus drei Gründen erreicht haben:

- 1) *Die hohen Kosten der Geldbeschaffung: Der Zinssatz ist unerträglich, vor allem für die Mittel- und Kleinbetriebe;*
- 2) *Die hohen Finanzkosten: Die überlastete Steuern und Sozialabgaben;*
- 3) *Die hohen Arbeitskosten, die durch das innerhalb Europas unvergleichbar ineffiziente und schwere Ausgabensystem verursacht wurden.*

...

Vereinfachend können wir sagen, daß es zwei unterschiedliche Staatsformen gibt: den Zentralismus und den Föderalismus. Im ersten sind alle von der Zentrale abhängig. ...

Deutlich sind die Vorteile des Föderalismus: Jede Kollektivität ist nicht von der Großzügigkeit irgendeiner anderen abhängig, um Arbeiten und Dienste, die die Bürger brauchen, zu bekommen, sondern von ihrer eigenen Kapazität und Willen, zu arbeiten und zu produzieren, abhängig...⁶⁹

Diese Strategie hatte einen gewissen Einfluß auf den Stimmengewinn der Lega in den Parlamentswahlen ausgeübt. In den Wahlen von 1996 hat die Lega ihren Stimmenanteil bei der Verhältniswahl um 1,7 % verbessert.

Andererseits wurde ironischerweise mit ihrer radikalen Sezessionsforderung die Bemühungen um den Erhalt des „Konsens“ über den Föderalismus in Mittel- und Süditalien weiter begleitet. Am 3. März 1996 hatte daher die Lega in der Föderaldelegiertenversammlung (*Assemblea federale*) die Rolle der „*Lega Italia Federale*“, die im Mai 1993 die Lega des Mittelitaliens (*Lega Centro*) und die Lega Süditaliens (*Lega Sud*) ersetzte, als „Pol des liberaldemokratischen föderalistischen Zentrums (*Polo di Centro Liberal-democratico federalista*)“ bekräftigt.⁷⁰ Der leghistischen Ansicht nach wurde der Süden weiter mit dem römischen Regime vereint, aber wird weiter „von ihrer herrschenden Klasse betrogen“, und es

⁶⁹ *Programma elettorale per la Padania, elezioni politiche del 21 Aprile 1996, S. 2-4.*

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 60 und 120.

gehe daher im Grunde genommen nicht um den Nord-Süd-Konflikt, sondern um den Regionen-Staat-Konflikt.⁷¹

VI.4 Zwischenbilanz

In der Genesephase hatte der Föderalismus der Leghen eine ethnozentrische Vorstellung enthalten. Von 1983 bis Anfang der 90er Jahre, in der Verwurzelungs- und Neuorganisationsphase, strebte die Lega Lombarda und später auch zusammen mit den anderen Leghen danach, eine sozioökonomische Identität des gesamten Norditaliens zu bilden und damit Norditalien, sog. Padanien, zu vereinigen. Sie entwickelte gleichzeitig statt des bisherigen Ethnoföderalismus den integralen Föderalismus mit drei Makroregionen, der seine Grundvorstellung auf die Cattaneosche Konzeption zurückführt und von Miglio konkretisiert wurde. Von der Peripherie über das „Padanien“ hinaus, sollte „die föderalistische Revolution“ der Lega, die erst zu einem unabhängigen „Padania“ führe, dann sich in Europa integrieren, beginnen.⁷² Bossi erklärte „Padania“ als Vorbild in einem zukünftigen „Europa der Regionen“.⁷³

Seit dem erfolgreichen Auftreten der Forza Italia und der Koalitionsbeteiligung der Lega Nord wurde der potentielle Konflikt zwischen Großunternehmen und Mittel- bzw. Kleinunternehmen deutlich, der die Änderung des Inhaltes des leghistischen Föderalismus zur Folge hatte. Aufgrund der Konkurrenz mit der Forza Italia und sich wiederholenden Stimmschwundes fordert die Lega die Sezession, um ihre Militanten und Sympathisanten zu konsolidieren und um die „padanische Identität“ und ihre Hegemonie im Norditalien gegen die Gefahr, die durch die vorliegenden Diskussionen über die föderalistische Reform des Staatsaufbaus mit der Vorstellung der Fortsetzung der bestehenden Regionalstruktur aufkam, zu verteidigen und weiterzuführen. Auf der anderen Seite bekräftigte sie den strategischen Charakter der Sezessionsforderung mit dem Ziel des Föderalismus und repräsentierte gegenüber der Forza Italia und Alleanza Nazionale eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die die Interessen der Mittelschichten und der Klein- und Mittelbetriebe artikulierte.

Während die frühere Konzeption von der Föderation dreier Teilrepubliken ausging und damit Mittel- und Süditalien noch einschloß, signalisiert die „Sezession der Padania“ angeblich einen Alleingang der Großregion und ihren beabsichtigten Austritt aus dem Einheitsstaat Italien. Im Grunde bedeutet dies aber in bezug auf die weitergehende Zielsetzung des Föderalismus im heute noch gültigen „definitiven“ Grundprogramm und in den verschiedenen Wahlprogrammen zwei Teilrepubliken.

In ihren Parteiprogrammen stellt die Lega Nord jedoch weder die Anzahl der Mitgliedstaaten noch irgendwelche konkreten Inhalte wie Regierungsform fest. Selbst innerhalb der Leghisten gibt es keine übereinstimmende institutionelle Form des föderalistischen Staatsaufbaus. Außer den oben dargestellten Vorstellungen schlägt beispielsweise Gilberto Oneto, der sich als Redaktionschef der *Quaderni Padani* vor allem für die „padanische“ Kulturbildung beschäftigt, einen Föderalismus mit neun aber neue Makro- bzw. Mikro-Regionen vor: also drei makroregionale Staaten, Padanien, Ethrurien und Italien; fünf mikroregionale Staaten oder Euroregionen (drei bereits bestehende Regionen mit Sonderstatut), Sardinien, Sizilien bzw. Arpitanien, Tirol und Istrien; und den Föderalen Distrikt

⁷¹ Vgl. Miglio, Gianfranco, *Toward a Federal Italy*, a.a.O., S. 21.

⁷² *Corriere della Sera*, 16.09.1996.

⁷³ Ebenda.

Rom.⁷⁴ Der leghistische Föderalismus bleibt nunmehr ohne eine konkrete Form, die die regionale Autonomie garantiert, nur als ein abstraktes Gedankengut wie eine Ideologie, das sowohl die regionalen Interessen artikulieren, als auch die „padanische“ Identität und Gesellschaft bilden bzw. integrieren soll.

Die Ideologie wird hier nach der Mannheimschen Gesamtkonzeption verstanden als ein Phänomen, das sich mit den Charakteristiken und der Komposition der totalen Bewußtseinsstruktur eines Zeitalters oder einer sozialen Gruppe befaßt.⁷⁵ Ihre Herausforderung beschränkt sich nicht auf die partiellen Gedanken der Individuen, sondern stellt die gesamte Weltanschauung der gegenüberstehenden sozialen Gruppe in Frage.⁷⁶ Für die die Ideologie stellende Gruppe bedeutet sie sowohl „verbale Vorstellungen der guten Gesellschaft“ als auch den Hauptgrund für die Gründung einer solcher Gesellschaft“.⁷⁷

Auf der anderen Seite wird die Ideologie als „ein Mittel der durch abstrakte Prinzipien geleitete Orientierung (*a means of orientation guided by abstract principles*)“⁷⁸ aufgefaßt. In diesem Sinne brauche die Lega den Föderalismus um ihre neue Ideologie als Faktor des „grundlegenden Konflikts der gesellschaftlichen Systems“⁷⁹ zu entwickeln: Das Schema „Föderalismus und Zentralismus“ soll für sie die grundlegende Konfliktsstruktur der italienischen Gesellschaft, vor allem in Norditalien, sein. Die Lega machte deutlich, daß die Gegenüberstellung der beiden Teile, „Padanien“ und „Italien“ in der Phase der Sezessionsstrategie die Unterscheidung zwischen dem föderalistischen Lager und dem nach der weiteren Kontrolle der nördlichen Wirtschaft vom römischen Zentralismus fordernden Lager bedeute.⁸⁰ Die neue Konfliktlinie liegt, leghistischer Ansicht nach, nicht mehr im Konflikt zwischen Links und Rechts, sondern in dem zwischen Zentralismus und Föderalismus. Die neue Konfliktlinie wird interpretiert auch nach der Sezessionserklärung mit der ursprünglichen föderalistischen Konzeption als „Staat gegen Individuum und organische Kommunität; Roma gegen Padanien, Sardinien, Toskana und Tirol; Unterdrückung gegen Freiheit“.⁸¹

Die Lega strebt, ihrer Behauptung zufolge, die „erste vollständige Revolution in der Geschichte Italiens“ an:

„1) Die Revolution der institutionellen Struktur (vom Zentralismus zum Föderalismus, von der absoluten Souveränität des Staates zur Souveränität des Volkes, die sich in der Pluralität der Selbstverwaltungsgremien ausdrückt);

2) Die ökonomische Revolution (die herrschenden Interessen werden nicht mehr die der großen Familien sein, die sich im zentralistischen Staat eingenistet haben, sondern die

⁷⁴ Zum Ethrurien, das zwischen Padanien und „Italien“ läge, gehörten Toskana, Marken, Umbrien und Latium außer Rom und ihrer Umgebung. Vgl. Oneto, Gilberto, Criti per l'applicazione del diritto di autodeterminazione, in: *Quaderni Padani*, Jg. 2, 1996, Nr. 7, S. 16-20.

⁷⁵ Vgl. Mannheim, Karl, *Ideologie und Utopie*, 4. Aufl., Frankfurt a. M.: Verlag G. Schulte-Bulmke 1965, S. 53-64.

⁷⁶ Larrain, Jorge, *The Concept of Ideology*, London/Melbourne u.a.: Hutchinson 1979, S. 109.

⁷⁷ Downs, Anthony, *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row 1957, S. 96.

⁷⁸ Fuchs, Dieter/Hans-Dieter Klingemann, The Left-Right Schema, in: M. Kent Jennings/Jan W. van Deth u.a., *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin/New York: Walter de Gruyter 1990, S. 204.

⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 207.

⁸⁰ *La vera storia della Lega Nord*, a.a.O., S. 133.

⁸¹ Non più destra-sinistra ma Italia-Padania, in: *Quaderni Padani*, Jg. 3, 1997, Nr. 11, S. 2.

der kleinen und mittleren Betriebe, die durch die lokalen und regionalen Institutionen adäquat vertreten werden);

3) Die Revolution in der Regierungshierarchie (Ersetzen der gesamten politischen Klasse durch neue Politiker, die aus dem Volk der ‚Untergebenen‘ kommen);

4) Die soziale Revolution (Aufwertung der Gemeinschaft der Produzenten, die bisher ausgebeutet wurden, gegenüber Klientelwesen und wohlfahrtsstaatlicher Bürokratie);

5) Die kulturelle Revolution (Anerkennung der kulturellen Vielfalt und Ende des zentralistischen Mythos von einer homogenen Kultur)“⁸²

Der leghistische Föderalismus sollte auch Menschenrechte und gesellschaftliche Solidarität gegen die Großorganisationen in der hochindustrialisierten Gesellschaft bedeuten:

„Das Ziel, das ehrgeizige, ist, eine gesamte Antwort auf dasjenige, das, zu Recht, eine globale Krise der Zivilisation zu sein scheint, zu geben. Im zwanzigsten Jahrhundert, zum ersten Mal in der Geschichte, mißt sich der Mensch mit großen Organisationen der Massen, die ihn unterdrücken und entpersönlichen: Großindustrien, Parteien, Gewerkschaften, bürokratische Apparaten und Nationalstaaten. Dem Zerfall der gesellschaftlichen Solidaritätsbeziehung, der von der Gewalt des Zusammenstoßes zwischen großen Machtzentren verursacht wird, entspricht die anarchische Ausbreitung der staatlichen Souveränität. ...

Die föderalistische Alternative nimmt sich der Umwälzung dieser Realität vor. Aron und Marc definieren sie als ‚die politische Konzeption, die sich erlaubt, die Freiheiten der Einzelnen und die Bedürfnisse einer kollektiven Organisation zu harmonisieren‘, (als) der Gedanke, der die Existenz einer liberalen, menschlichen Gemeinschaft erleichtert, indem die Fähigkeiten der Einzelnen integriert werden und so nicht verloren gehen. Dadurch können Freiheit und Autorität, Einheit und Verschiedenheit in Respekt vor unveräußerlichen Menschenrechten koexistieren. ...

Die auf dem integralen Föderalismus basierende Gesellschaft beinhaltet die Koexistenz der fünf Prinzipien in der staatlichen Organisation: Freiheit, Autonomie, Kooperation, Hilfsbereitschaft und Partizipation.⁸³

Für die Leghisten soll der Föderalismus danach „das philosophische, anthropologische, ökonomische komplexe Gedankensystem, das sich nicht auf die Lösung der institutionellen Probleme beschränkt“, sein⁸⁴. Konkret ist er dann als die Ideologie der neu wachsenden Mittelschichten im Norditalien aufzufassen.

⁸² Bossi, U./D. Vimercati, a.a.O., S. 14.

⁸³ Ebenda. S. 145.

⁸⁴ Ebenda, S. 146.